

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Stadtprozelten am Donnerstag, 21.06.2007 im Sitzungssaal im Rathaus Stadtprozelten

Anwesende:

1. Bürgermeisterin

Frau Claudia Kappes

Mitglieder Stadtrat

Frau Else Baumann

Herr Adolf Birkholz

Herr Hans Grimm

Herr Herbert Haider

Herr Roland Kortus

Herr Wolfgang Roth

Herr Berthold Ruks

Herr Carlo Tauchmann

Verwaltung

Herr Gerhard Freund

Frau Regina Wolz

Gast

Frau Daniela Kircher

Herr Baurat Mathias Rosenmüller

Frau Prof. Ann Christin Scheiblauber

Frau Kreisbaumeisterin Margrit Schulz

Herr Franz Senger

Regierung von Unterfranken.

Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg

Städtebauplanerin

Kreisbaumeisterin

Regierung von Unterfranken

Entschuldigt:

Mitglieder Stadtrat

Frau Manuela Betz

Herr Karlheinz Czerr

Frau Marianne Kappes

Herr Manfred Schnellbach

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Vorab fand ab 18.30 Uhr ein Treffen der Gastredner statt.

1. Bgmin. Kappes eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Auf die Frage, ob Einwände zum letzten Sitzungsprotokoll vom 24.05.07 bestehen erklärte 2. Bgm. Tauchmann, dass er beim TOP zur Änderung der Gebührensatzung Friedhof dagegen gestimmt habe und nicht wie protokolliert, der Beschluss einstimmig gefasst wurde.

Weitere Einwände zum Sitzungsprotokoll bestanden nicht.

TOP 1 VORSTELLUNG FÖRDERPROGRAMM STADTUMBAU WEST - ZUKUNFTSWERKSTATT STADTPROZELTEN ANWESEND VERTRETER DER REGIERUNG VON UNTERFRANKEN

Bgmin. Kappes begrüßte die anwesenden Stadträte und Bürger und führte wie folgt in das Thema ein:

„ Die Zeit ist reif“ - so wurde die heutige Stadtratsitzung mit dem hoffentlich zukunftsweisenden Tagungsordnungspunkt 1 eröffnet.

Wir, die Verwaltung, haben diesen TOP viel versprechenden „Zukunftswerkstatt Stadtprozelten“ genannt. Aus diesem Grund haben wir heute auch fachkundige Gäste eingeladen, die ich erst einmal sehr herzlich bei uns begrüßen darf:

Frau Kircher, von der Regierung von Unterfranken
Frau Kreisbaumeisterin Schulz, von Baubehörde des Landkreises Miltenberg
Frau Prof. Dr. Scheiblauber, Städteplanerin
Herr Baurat Rosenmüller vom Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg

Unsere Gäste, bei denen ich mich schon im Vorfeld sehr herzlich für ihre heutige Anwesenheit bedanken möchte, werden uns, bzw. dem Gremium eine Entwicklungsplanung für Stadtprozelten vorstellen, deren Dringlichkeit und Notwendigkeit uns allen bekannt sind.

Typische Problemfelder, ja Missstände in vielerlei Bereichen in unserer denkmalgeschützten Altstadt zwingen uns mittlerweile zum Handeln bzw. zum Einschreiten in einen für Stadtprozelten bis jetzt nie da gewesenen Entscheidungsprozess einzusteigen. Ortsbildprobleme, mangelhafte Bausubstanz, Attraktivitätsverluste, leer stehende erhaltenswerte Gebäude und damit verbundene Bevölkerungsabwanderung, problematische Sozialstruktur, Verkehrsprobleme, wirtschaftliche und vor allem auch demographische

Veränderungen und vieles mehr zwingen uns förmlich ein Projekt für eine nachhaltige Stadtentwicklung anzugehen.

Dies ist für Sie, für uns alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, sicherlich alles bis jetzt erkannte Realität. Nun sollte aber das Handeln folgen!

Einen ersten, großen Schritt haben wir auch schon unternommen, bei welchem wir die Ausführung der Planungsfeststellung für einen Hochwasserschutz im Altstadtbereich beantragt und vom Staat die Kosten für die Planungsleistungen genehmigt bekommen haben. Dass dies nur ein erster Schritt war, muss uns allen klar sein.

In Anbetracht unserer finanziellen Situation muss aber auch Jedem klar sein, dass wir ohne Förderungen in den oben genannten Problemfeldern keine positive Zukunft für Stadtprozelten mehr erkennen können und somit wie Eingangs bemerkt, wir die Kontaktaufnahme bezüglich evtl. Förderprogrammen bei der Regierung von Unterfranken aufnehmen.

Das bauliche Erbe unserer Stadt bleibt uns und wir müssen sozusagen Ideen entwickeln, wie man junge Menschen wieder in einen alten Ort bringen kann, wie wieder Leben in eine intakte Altstadt einziehen kann. Dass dies möglich ist, kann mit vielen Beispielen aufgezeigt werden; denken wir an Wörth, Rothenfelds, Freudenberg – um nur Orte aus unserer nächsten Umgebung zu nennen. Die Beispiele lassen sich in großem Radius weiterführen.

Solche Maßnahmen sind sicherlich bei einer Sanierung sehr unterschiedlich. Jedoch kann sich eine Gemeinde nicht ohne die Hilfe von kompetenten Fachleuten und Städteplanern mit Unterstützung des Staates im Rahmen der Städtebauförderung dem Ziel nähern, die Städte und Gemeinden als Lebensort für alle Bevölkerungsgruppen attraktiver zu machen. Unsere Bewohnerinnen und Bewohner möchten wir auf jeden Fall auf diesem Weg mitnehmen.

Welches Förderprogramm in unserem Fall wie aussehen könnte, das wird Ihnen dann Frau Kircher von der Regierung von Unterfranken vorstellen, nachdem uns Herr Rosenmüller vom Wasserwirtschaftsamt einen aktuellen Bericht über den Stand der bisherigen Planungen geben wird.

Bgmin. Kappes übergab das Wort an die Kreisbaumeisterin Frau Schulz.

Frau Schulz führte aus, dass das Förderprogramm neue Möglichkeiten für die Stadt Stadtprozelten eröffne. Bereits als sie Stadtprozelten zum ersten Mal besuchte, war sie von dem ideenreichen Potential der Stadt hell auf begeistert. Es gelte diesen „Schatz“ nachhaltig und lebenswert zu erhalten und den ursprünglichen Altort wiederzubeleben.

Die Erstellung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes wäre auch ohne eine Aufnahme in das Förderprogramm Stadtumbau West für die Stadt sinnvoll und als Chance zu werten. Sie plädierte dafür den Stadtumbau West als Sprungbrett zu nutzen.

Weiterhin merkte sie den achtenswerten Erfolg an, dass endlich eine schriftliche Zusage zu einer möglichen Staatsstraßenverlegung seitens des Straßenbauamtes Aschaffenburg vorliege und auch dieser Punkt mit in die Gesamtplanung einfließen kann.

Im Anschluss erfolgte eine kurze Sachstandsdarstellung über den Hochwasserschutz von Herrn Rosenmüller. Er merkte an, dass Frau Schulz über die Schätze von Stadtprozelten referiert habe und er nun über die Gefahren spreche. Er betonte aber, dass wie sich aus der Erfahrung mit der Hochwasserfreilegung in Wörth gezeigt habe, eine solche Planung nur als ganzes gesehen sinnvoll sei. Auch hier wurden Denkmal, Altort und Hochwasserfreilegung in einem Konzept vereint.

Zum Sachstand Hochwasserplanung führte er aus, dass derzeit die Ausschreibungen für die Bodengrunduntersuchungen ausgewertet werden. Diese sollen mit der Planung bis Ende 2007 bzw. Mitte 2008 abgeschlossen sein. Danach soll eine kontinuierliche Planungsausführung erfolgen.

Bgmin. Kappes wies in diesem Zusammenhang auf den Synergieeffekt zwischen Hochwasserfreilegung und Ortskernbelebung hin und übergab dann das Wort an Frau Kircher von der Regierung von Unterfranken.

Frau Kircher erläuterte, dass die Mittel für die traditionelle Städtebauförderung knapp seien aber neue Förderprogramme aus dem Stadtumbau Ost nun auch für den Westen aufgelegt wurden. Die Stadt wäre für eines dieser Förderprogramme prädestiniert, da alle Förderanzeichen stark zu erkennen seien: Demographischer Wandel, Wirtschaftsankopplung, Gewerbebrache, Revitalisierung etc. Dies seien alles Indizien für die Aufnahme in das Förderprogramm Stadtumbau West.

Die Stadt müsse nun einen Förderantrag über die Regierung von Unterfranken einreichen und diese würde dann die Aufnahme in das Städtebauliche Entwicklungskonzept befürworten. Sie betonte aber, dass hierfür ein Städteplaner notwendig sei um ein Gesamtrahmenkonzept zu erstellen. Dabei müsse auch Grundlagenfeststellungen getroffen werden wie z.B. die Beschäftigung vor Ort, Bevölkerungszusammenstellung etc. Danach müsste dann ein Finanzierungsplan für die nächsten 8 Jahre aufgestellt werden. Weiterhin referierte sie über die guten Aufnahme- und Zukunftschancen für die Stadt Stadtprozelten.

Stadtrat Grimm fragte nach, wie hoch die Förderung aussehen könnte.

Frau Kircher führte hierzu aus, dass die Förderung 60/40 von den förderfähigen Kosten betrage. Durch Kooperationen könnte man aber die Kostenübernahme für die Stadt auf 10% drücken. Dies sei bei dem Projekt „Leben in der Innenstadt“ bereits öfters so gehandhabt worden.

Stadtrat Grimm warnte davor, sich nicht von dem Begriff förderfähige Kosten täuschen zu lassen.

Herr Senger von der Regierung führt hierzu ein Beispiel auf.

Frau Kircher merkte an, dass man aber auch nicht vergessen dürfte, dass 1 € aus Mitteln, 6-8 € Investitionen nach sich zieht. Es sei sinnvoll jetzt den richtigen Schritt zu tun und auch dem Bürger gegenüber Zeichen zu setzen. Es sei nicht zu spät etwas für die Stadt zu tun, noch sind Mittel vorhanden.

Zudem erläuterte Herr Senger am Beispiel von Bürgstadt, dass dort derzeit

wieder Aufpflasterungsarbeiten (Rückbau von Teer) stattfinden und dies auch nicht zu unterschätzende Anreize für den Bürger schafft.

Frau Schulz führte aus, dass seitens der Stadt ein Motivationswille erkennbar sein muss. Auch werde eine Planung gefördert, die Hochwasserschutz, Straßenplanung und Tourismus aktiv zusammenführt. Es gelte mit Konzepten zu reagieren, auch wenn man nur wenig Mittel zur Verfügung hat.

2. Bgm. Tauchmann hatte Bedenken, dass man Hochwasser und Stadtplanung parallel schultern könne.

Frau Kircher erklärte, dass es gerade deshalb wichtig und sinnvoll sei die einzelnen Projekte zusammenzuführen, denn auch nur gemeinsam wären diese sinnvoll und machbar.

Frau Schulz wandte ein, dass gerade die Hochwasserfreilegung eine Wiederansiedlung begünstige bzw. deren Voraussetzung sei und das eine in das andere übergehe.

Zudem seien die Projekte auch in Bezug auf den Hafen, die Durchgänge zum Main, die Fähre, die Bürg, die Bahn etc. abzustimmen und damit die Qualität in geordnete Bahnen zu lenken.

Frau Kircher betonte nochmals die wertvolle Substanz von Stadtprozelten und die Abhängigkeit von gutem Wohnklima mit einer Straßenverlegung. Sie sprach sich auch positiv über die diesbezügliche Rückmeldung des Straßenbauamtes aus.

2. Bgm. Tauchmann fragte nach den Erfahrungswerten bzw. wann mit einem Zuschuss gerechnet werden kann.

Frau Kircher erklärte, dass das Programm auf 8 Jahre ausgelegt sei und das Konzept abgearbeitet werden könne. Wird man in das Programm aufgenommen, fließen Gelder bereits ab 2008.

Stadtrat Grimm merkte an, dass eine Abarbeitung von Ideen nur mit einem Gesamtkonzept machbar sei.

Herr Senger informierte darüber, dass die Stadt dies nur beschließen bräuchte und danach eine intensive Zusammenarbeit – auch für die Zukunft – mit einem Planer erfolgen müsse.

Frau Kircher gab zu bedenken, wie wichtig es sei, Vorschläge für Familienleben in der Stadt zu haben und dabei dürfe man die Erschließungsfunktion von Straße und Main nicht außer Acht lassen.

Bgmin. Kappes begrüßte die zwischenzeitlich (Stau) eingetroffene Frau Prof. Scheiblauer und bat sie – auch bezüglich der stadtplanerischen Fragen – um ihren Vortrag bzw. Fragen aus dem Stadtrat zu beantworten.

Frau Prof. Scheiblauer führte aus, dass sie 2003 in Zusammenarbeit mit der Hochwasserstudie gewisse Grundlagen für die Städteplanung einbringen

konnte. Sie war sehr erfreut darüber, dass sich nun der Stadtrat mit einer Weiterentwicklung in diesem Bereich befasse und dies auch wichtig sei. Sie machte darauf aufmerksam, dass die Stadt einerseits das Problem des Hochwassers im Süden und andererseits die Erschließung im Norden habe. Es liege viel Hinterbebauung vor bzw. Einschränkungen durch Hinterbebauung. Positiv am Stadtumbau West sei anzumerken, dass es auch Privaten ermöglicht, einen Zuschuss zu erhalten, auch die Abschreibungsmöglichkeiten solle man nicht außer Acht lassen.

Sicherlich sei dem Stadtrat noch ihr Vortrag aus dem Hochwasserschutz im Gedächtnis.

Auch sie betonte und lobte das Potential von Stadtprozelten und vermittelte Mut zur Wiederbelebung.

Bgmin. Kappes bedankte sich auch nochmals bei den Vertretern der Regierung, die von sich aus durch die Kreisbaumeisterin auf die Stadt gekommen sei um hier eine mögliche Förderung zu erhalten. Dies sei anerkennenswert, da es ja sonst immer umgekehrt laufen würde.

Sie bat nun noch um Fragen aus dem Stadtrat.

Stadtrat Roth war der Ausarbeitung eines Konzeptes positiv gegenüber eingestellt und erklärte, er sei glücklich, dass etwas passiert.

Stadtrat Ruks sprach sich auch für das Gesamtkonzept aus, möchte aber kleine Schritte bei der finanziellen Umsetzung.

Stadtrat Roth merkte hierzu an, dass die Reise immer mit dem ersten Schritt beginne.

Auch Stadtrat Grimm sprach sich für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes aus.

Bgmin. Kappes verwies darauf, wie zukunftsweisend dieser Schritt sein werde. Keinesfalls solle man jetzt einen Rückschritt machen.

Herr Senger führte aus, dass z.B. Bürgstadt bisher immer nur mit Einzelförderprojekte, wie z.B. die Mittelmühle, gefördert wurde und erst seit letztem Jahr in der Städtebauförderung ist.

Herr Ruks sprach sich dafür aus erst den Hochwasserschutz, dann die Straße und danach den Stadtumbau voranzutreiben. Das Konzept hierzu sollte aber von Beginn an vorliegen.

Frau Kircher verwies hier auf die Bagatellgrenzen im Förderverfahren. Man müsse auch schon etwas Investieren um etwas zu bewegen. Sie, wie auch Herr Senger seien bereit für alle Ideen Einsatz und Unterstützung zu zeigen.

Bgmin. Kappes sprach sich dafür aus jetzt die Chance einer Gesamtkonzeptierung wahrzunehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt könne man über die Finanzierung noch nicht diskutieren. Dies könne man im Finanzierungsplan festlegen.

Stadtrat Roth merkte an, dass Stadtprozelten gemütlich zum Wohnen sei und zum Glück keine Industrie aufweise. Auch dies sei ein attraktiver Gedanke der ausgebaut werden könne.

Stadtrat Haider sprach sich dafür aus, die historische Substanz zu erhalten und zu sichern.

Frau Schulz erklärte, man könne auch Anreize für private Investoren im Förderprogramm schaffen. Zudem finde auch eine Solidarisierung der Anwohner in einem neuen Programm und Konzept statt. Evtl. wird auch ein privater Wettstreit angeregt. Zudem sollte man nicht das Potential des Tourismus als Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung vergessen. Es gelte viele Punkte im Konzept unter einen Hut zu bringen.

Stadtrat Roth merkte an, dass man auch die Schifffahrt nicht vergessen sollte. Wertheim und Miltenberg z.B. seien bereits überlastet; die Stadt könnte dies abfangen.

Frau Kircher merkte an, dass kein Gewerbe auch ein Vorteil sei. Es habe sicherlich dazu beigetragen, den Altortbereich so unüberformt zu bewahren.

Frau Scheiblauber erläuterte, dass man als Einwohner von Stadtprozelten täglich die Schönheit der vielseitigen Landschaft vor Augen hätte und dies nicht mehr zu schätzen weis. Wichtig sei es Restaurant/Weinlokale zu etablieren, Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch sei die Bahnlinie durchaus attraktiv und mit einzubeziehen. Weiterhin schlug sie vor, die Burgmauern herauszuheben bzw. wieder zu aktivieren, soweit sie noch vorhanden sind. Gleiches gelte für die Stadtmauer.

Stadtrat Haider merkte an, dass die Burgmauer auf der linken Seite noch komplett erhalten sei.

Frau Kircher betonte, dass man die Kraft des Ortes wiederbeleben und aktiver gestalten muss.

Bgmin. Kappes führte auf, dass die Bahn zwischenzeitlich flexibler und kooperativer geworden sei. Sie schaffe auch Anreize für die Region; z.B. sei in gewissen Tarifen die Beförderung von Fahrrädern kostenfrei. Man müsse nur all die Mosaiksteine in einem Konzept für die Stadt zusammenführen. Man sollte die Gelegenheit, die uns von der Regierung auf dem Tablett präsentiert werde, auch nutzen.

Stadtrat Haider fügte dem hinzu, dass man seiner Ansicht nach dies den Bürgern schuldig sei. Man sollte sich jetzt nicht über die Finanzierung verzetteln sondern vielmehr die Chance nutzen überhaupt bei solch einem Förderprogramm dabei zu sein.

Frau Kircher erklärte nochmals, dass sie nach der Antragstellung den Vorschlag einreichen und massiv unterstützen wird. Sie könne zwar nichts garantieren, aber die Chancen stünden gut.

Frau Schulz machte darauf aufmerksam, dass dies alles mit viel Arbeit, auch für den Stadtrat, verbunden sei (Planungsentscheidungen, Workshops, Bürgerbeteiligungen etc). Es sei nicht damit getan einen Antrag zu stellen. Allerdings seien sie alle zur Motivation bereit. Sie schlug vor, ein Fachbüro zu Unterstützung zu engagieren.

Frau Kircher betonte nochmals, dass ab Aufnahme in das Programm auch die Kosten des Planers und eine Bürgerberatung bezuschusst werden.

Bgmin. Kappes fragte abschließend nach, ob noch Fragen aus dem Stadtrat bestünden. Aus dem Stadtrat sei gänzlich eine positive Stimmung zu erkennen. Sie schlug nun vor, über eine Aufnahme in das Förderprogramm Stadtumbau West sowie die Hinzuziehung eines Planungsbüros zu beschließen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten beschließt einen Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm Stadtumbau West bei der Regierung von Unterfranken zu stellen.

Der Stadtrat von Stadtprozelten beschließt, die Verwaltung zu ermächtigt ein geeignetes Planungsbüro für die Rahmenplanung im Städtebau für das Förderprogramm Stadtumbau West zu finden. Eine Vorstellung desselben soll dann in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	9	9	0

Abschließend bedankte sich Bgmin. Kappes für das gute Beschlussergebnis und die Unterstützung im Stadtrat und hob die Wichtigkeit desselben für die Zukunft Stadtprozelten hervor.

Frau Scheiblauber merkte an, dass man auch mit Wenig etwas bewegen könne, und da hier ein großer Wille zu erkennen sei, könne man auch mit dem gewählten Weg nichts falsch machen.

Stadtrat Roth lobte die gute Arbeit des Wasserwirtschaftsamtes, mit der auch alles weitere seinen Anfang genommen habe.

Auch Bgmin. Kappes schloss sich diesem Lob an und betonte, dass alle anwesenden Redner das gleiche Verständnis für die Stadt aufbringen.

Bgmin. Kappes bedankte sich bei den Gastrednern für ihr Kommen und ihre Unterstützung und verabschiedete diese.

TOP 2 GEBÜHRENKALKULATION ABWASSERBESEITIGUNG/WASSERVERSORGUNG - NEUFESTSETZUNG DER GEBÜHREN

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung dem Stadtrat zur Kenntnis:

Die Röder Kommunalberatung GmbH, Würzburg, legt die auf der Grundlage des Jahresrechnungsergebnisses 2006 fortgeschriebenen Gebührenkalkulationen für die Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung vor.

Wie bereits mit Schreiben der Verwaltung vom 10.03.2006 an den Stadtrat hingewiesen, beginnt im Jahre 2007 ein neuer Kalkulationszeitraum für die Stadt. Eine Anhebung der Gebühren ist nach den vorliegenden Kalkulationen unumgänglich.

Bei der Abwasserbeseitigung wirken sich die Investitionen der Stadt über die gegenüber den Jahre 2005 um 40.000 € höheren Abschreibungen und Zinsen aus.

Die laufenden bzw. künftigen Investitionen des Verbandes kommen in den nächsten Jahren noch über eventuell höhere Betriebskosten bzw. anteilige Abschreibungen u. Zinsen hinzu.

Bei der Wasserversorgung ist bereits eine annähernde Verdoppelung des an den WZV zu zahlenden Abnahmepreises eingerechnet. Es bleibt jedoch abzuwarten, welchen genauen Wasserabgabepreis der Verband letztlich an seine Mitgliedsgemeinden weitergeben muss. Der Verband hat hierzu in seiner Sitzung am 16.04.2007 eine Kapitalwertberechnung in Auftrag gegeben.

Nicht unerhebliche Auswirkungen hat auch der Umstand, dass wir auf Grund der tatsächlichen Wasserabgabemengen an die Bürger die Berechnungsgrundlagen ändern mussten. So werden bei der Wasserversorgung anstatt bisher 67.500 m³ nur noch 61.000 m³ und bei der Abwasserbeseitigung anstatt 66.000 m³ neu 60.000 m³ als Verbrauchsmengen berücksichtigt.

Dem Stadtrat wird vorgeschlagen eine Gebührenanpassung zum 01.07.2007 vorzunehmen mit der Maßgabe, dass nach der Fortschreibung im nächsten Jahr eine Überprüfung des Erhöhungsschrittes erfolgt. Es ist dabei nicht auszuschließen, dass dann um nicht einen enormen Fehlbetrag im laufenden Kalkulationszeitraum auflaufen zu lassen, weitere Gehührenschnitte zu überlegen sind.

Gerade bei der Wasserversorgung hat der Stadtrat sich im vergangenen Jahr einstimmig dafür ausgesprochen, die Investitionen des WZV an die Bürger nicht im Form von Verbesserungsbeiträgen sondern über die Gebühren weiterzugeben.

2. Bgm. Tauchmann fragte nach der tatsächlichen Wasserabgabemenge.

3. Bgm. Kortus erläuterte, dass dies die Menge sei, die an die Bürger direkt weitergegeben werde. Sie unterscheide sich von der tatsächlichen Wassermenge, die vom Verband bezogen wird und höher ist.

Stadtrat Grimm verwies darauf, dass man die Bürger nun 5,70 € belaste und noch kein Ende abzusehen ist. Eine nochmalige Erhöhung im nächsten Jahr durch die Investitionen im Verband sei nicht auszuschließen.

3. Bgm. Kortus merkte an, dass man kostendeckend arbeiten müsse und die Bürger immer die Kosten tragen, egal wie man sie verteile. Man sollte auf gar keinen Fall, die Kosten auflaufen lassen.

Bgmin. Kappes erklärte, dass man bereits letztmalig 38.000,00 € ausgeglichen habe.

2. Bgm. Tauchmann merkte an, dass man schon von den Bürgern verlange, die nicht von ihnen gebrauchte Wassermenge mit zu bezahlen.

3. Bgm. Kortus erklärte, dass wir alle die Bürger von Stadtprozelten seien und jeder die Kosten tragen müsse, schließlich könne man diese nicht in einen „leeren Raum“ setzen.

Stadtrat Birkholz merkte an, dass es sich hierbei um Wasser handelt, dass aufgrund von Rohrbrüchen, Wartungsarbeiten, Feuerwehreinsätze etc. entstanden ist und dies als allgemeine Gemeinkosten zu sehen ist. Dies sei normal bei einem Wasserbetrieb und als solches auch in den Gebühren zu berücksichtigen. Zudem seien auch diese genannten Gründe, Gründe des Allgemeinwohls.

Zudem merkte er an, dass bei den Wartungsarbeiten auch schon erhebliche Strecken ausgetauscht und dadurch die Fehlerquote gesenkt wurde.

Bgmin. Kappes merkte an, dass die Stadt auf einem guten Weg sei und die Fehlabbgabe im Durchschnitt nicht mehr so hoch sei wie in den Vorjahren. Dies sei vor allem einer besseren Technik und einer schnellen Rückmeldung seitens des Verbandes zu verdanken.

Kämmerer Freund fügte hinzu, dass man sich auch über die Relationen klar sein müsse. Man rede hier über 20.000 m³ Wasserverlust-Kosten (x 0,55 € = 10.000,00 €) die sich bei 60.000 m² = 0,20 € auf = 20.000,00 € belaufen. Verluste sind nicht zu vermeiden. Gleiches gelte für den Verband.

Stadtrat Haider (Vorsitzender WZV) machte klar, dass hinter dem gestiegenen Wasserabgabepreis an die Gemeinden auch eine Leistung dahinterstehe.

Stadtrat Birkholz betonte die gute Wasserqualität und lobte das Wasser als höchstes Gut.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat beschließt zum 01.07.2007 die Abwassergebühr auf 3,45 € m³ und die Wassergebühr auf 2,25 € m³ (zuzüglich MWST) festzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Satzungsänderungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmbe-rechtigt	für den Be-schluss	gegen den Be-schluss
13	9	9	0

TOP 3 GRUNDSATZBESCHLUSS ZUR ANGEBOTSERWEITERUNG IM KINDERGARTEN - KRIPPENPLÄTZE

Bgmin. Kappes begrüßte den anwesenden Elternbeirat und die Leitung des städtischen Kindergartens, Frau Brand.
Danach wurde die Stellungnahme der Verwaltung dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben:

Die Stadt Stadtprozelten hat im vergangenen Jahr nach einer Elternbefragung die Vorgaben des BayKiBiG umgesetzt. Art. 7 Abs. 1 des Gesetzes sieht vor, dass die Gemeinden den örtlichen Bedarf regelmäßig zu aktualisieren haben.

Das Kindergartenpersonal hat in Abstimmung mit der Verwaltung eine neue Bedürfniserhebung bei den Eltern der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren durchgeführt.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass 8 Meldungen für Kinderkrippenplätze vorliegen.

Kinderkrippen sind Einrichtungen der Kindertagesbereuung überwiegend für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, die mindestens 8 höchstens 12 Kinder umfassen sollten.

Nachdem im gesamten Raum Südspessart (noch) keine Kinderkrippenplätze angeboten werden und andererseits Bedarfsmeldungen vorliegen, bietet es sich an eine Kinderkrippe einzurichten. Die Räumlichkeiten sind im städtischen Kindergarten vorhanden. Personal ist vorhanden bzw. im Bedarfsfall könnte auch auf die in Elternzeit befindliche Erzieherin bzw. Kinderpflegerin zurückgegriffen werden.

Mit der Kindergartenleiterin und dem Personal ist eine Öffnung für eine Kinderkrippe abgestimmt. Das Personal steht dem positiv gegenüber.

Zumal davon ausgegangen werden muss, dass die Zahl der den Kindergarten besuchenden Kinder von z.Zt. 51 auf 41 Kinder zum 01.09.2007 (ohne die 8 Krippenplätze) zurückgehen wird.

Für die Förderung ist festzuhalten, dass dieselben Förderrichtlinien wie für die Kindergartenkinder gelten, wobei ein Faktor 2,0 zu Grunde gelegt wird. Dies gilt auch für den Beschäftigtenschlüssel.

Was den Elternbeitrag anbelangt muss davon ausgegangen werden, dass für 12 Krippenkinder das gleiche Personal erforderlich ist, wie für eine Regel-Kindergartengruppe mit 25 Kindern. Aus diesem Grund wird (zumindest teilweise) bei anderen Trägern, das Doppelte des Kindergartenbeitrages verlangt. In unserem Falle würde dies bedeuten, dass –zumindest vorläufig

und zur Sammlung von Erfahrungswerten für die Zeitdauer eines Jahres – der Elternbeitrag für Krippenplätze auf 120,-- € für die Grundbelegungszeit von 3-4 Stunden festgesetzt wird. Die Steigerungsrate je weiter gebuchter Stunde würde dann 12,-- € betragen.

Bgmin. Kappes führte weiterhin aus, dass ein Bedarf da sein, und der Träger diesen auch abdecken müsse.

Stadtrat Birkholz wies darauf hin, dass auch die verdoppelten Gebühren die Kosten nicht decken werden und der Kindergarten, wie immer, ein Defizitgeschäft sei. Trotzdem sei er aber dafür, den jungen Müttern diese Betreuungsmöglichkeit anzubieten.

Stadtrat Grimm fragte nach, ob die Eltern auch wissen, was für Gebühren auf sie zukommen. Sicherlich sehe auch dann die Nachfrage anders aus.

Stadtrat Ruks fand es logisch, den doppelten Beitrag zu verlangen, da die Leistungen die gleichen seien und lediglich die Gruppenstärke halbiert werde.

Stadtrat Haider führte aus, dass man dieses Angebot als Investition in die Zukunft sehen müsse. Schließlich müsse man den Eltern in der Stadt auch etwas bieten.

Stadtrat Birkholz sah hier auch den Staat gefordert, da mit diesem Angebot auch Nachfragen von Außerhalb abgedeckt werden und dieses Kostendefizit nicht alleine auf der Stadt lasten dürfe. Man dürfe schließlich nicht bestraft werden, wenn man etwas überörtlich anbietet und abdeckt.

Bgmin. Kappes führte aus, dass der Staat sich auch noch nicht einig in dieser Sache sei, dies aber zum jetzigen Zeitpunkt kein Nutzen für unsere Bürger habe. Sie war dafür hiermit Erfahrungswerte zu sammeln und so in dieses Angebot einzusteigen. Man sollte das Defizit in diesem Bereich nicht schrecken und die Vorteile für die Familien sehen.

Stadtrat Roth war der Ansicht, dass man mit einem Kleinkind auch mehr Arbeit habe und auch so mit den Eltern über die Gebührenhöhe verständlich machen könne. Auch sollte man mit Kindern kein Geld verdienen.

Bgmin. Kappes führte weiter aus, dass die Gruppen auch getrennt bleiben sollten um den Pädagogischen Auftrag nicht zu gefährden.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten beschließt ab 01.09.2007 eine Kinderkrippengruppe in den Räumlichkeiten des städt. Kindergartens einzurichten.

Der Elternbeitrag für die Grundbuchungszeit von 3-4 Stunden wird auf 120,-- € festgesetzt. Für jede weitere gebuchte Stunde erhöht sich vorgenannter Betrag um 12,-- €.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	9	9	0

TOP 4 BÜRGERFRAGEN ZUR TAGESORDNUNG

Dem Bürger Herrn Prokopf Edgar wurde das Wort erteilt.

Herr Prokopf führte aus, dass die Verlegung dieses TOP's zum Ende des öffentlichen Teils auf seinen Antrag hin, als positiv zu bezeichnen sei. Weiterhin fragte er nach, ob die Wasseruhren noch ausgewechselt werden. Bei seiner Uhr sei die Eichfrist schon seit ¼ Jahr abgelaufen.

Stadtrat Grimm führte aus, dass die Uhren nach Straßenzügen ausgewechselt werden und es sich hierbei um eine Saisonarbeit handelt. Allerdings müsse dies, seiner Ansicht nach schneller von Statten gehen.

Bgmin. Kappes merkte an, dass diese Arbeiten jetzt nur noch durch den Bauhof erledigt werden und nicht wie in den Jahren zuvor von einer Fremdfirma. Dies wurde auch aus Kostengründen so entschieden. Für die umfangreichen Arbeiten des Bauhofes müsse man Verständnis zeigen.

Stadtrat Birkholz beruhigte Herrn Prokopf, dass eine abgelaufene Eichfrist kein Nachteil für den Wassernehmer sei, da die Uhren dann erfahrungsgemäß eher weniger zählen.

.....
 Claudia Kappes
 1. Bürgermeisterin

.....
 Wolz Regina
 Schriftführerin